

## **Antrag an den Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz**

### **Liberaler Grundorientierung klären – Debatte von unten, Entscheidung mit Substanz**

#### **Der Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz möge beschließen:**

Die FDP Rheinland-Pfalz bekennt sich zum klassischen Liberalismus als ihrer politischen Grundlage und fordert eine offene, ehrliche Debatte über dessen Ausprägung unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Diese Debatte hat entscheidenden Einfluss auf zukünftige Erfolgsaussichten, Re-Etablierung und Regierungsfähigkeit der Liberalen in Deutschland.

#### **1. Bekenntnis zum Kern des Liberalismus**

Die Freiheit des Individuums bleibt das zentrale Leitmotiv liberaler Politik. Staatliche Eingriffe bedürfen stets einer strengen Verhältnismäßigkeitsprüfung: Sie müssen notwendig, geeignet und angemessen sein. Dieses Prinzip ist nicht verhandelbar.

Zugleich erkennt die FDP Rheinland-Pfalz an, dass eine moderne, hochvernetzte Gesellschaft im europäischen Rahmen staatliches Handeln in bestimmten Bereichen sachlich erforderlich machen kann – insbesondere dort, wo es um den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Menschenrechte, der Bürgerrechte sowie der Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geht. Staatliches Handeln, das diesen Werten dient und den Prüfstein der Verhältnismäßigkeit besteht, ist mit liberalen Grundsätzen grundsätzlich vereinbar.

#### **2. Abgrenzung von staatsferner Dogmatik**

Die FDP Rheinland-Pfalz stellt fest: Liberalismus ist nicht gleichzusetzen mit der pauschalen Forderung nach maximalem Staatsrückzug um jeden Preis. Eine Haltung, die staatliches Handeln grundsätzlich und unabhängig vom Einzelfall ablehnt und dabei billigend in Kauf nimmt, dass fundamentale Werte wie die Menschenwürde, die FDGO, soziale Mobilität, ökologische Verantwortung oder der gesellschaftliche Zusammenhalt beschädigt werden, entspricht eindeutig nicht dem Selbstverständnis der Freien Demokraten.

Die entscheidende Leitfrage lautet daher nicht, ob der Staat gestaltet oder zurückgedrängt wird, sondern: *Wie weit darf staatliches Handeln gehen – also wo ist dieses Handeln einzuschränken und wann ist es im Lichte liberaler Werte geboten?*

#### **3. Auftrag an die Bundesebene**

Die FDP Rheinland-Pfalz fordert den Bundesvorstand und den Bundesparteitag auf, einen strukturierten Debattenprozess zu initiieren – ergebnisoffen in der Ausgestaltung liberaler Politik, aber auf dem gemeinsamen Fundament der in diesem Antrag bekräftigten Grundwerte. Der Prozess soll bis Ende 2026 zu einem Ergebnis geführt werden. Dieser Prozess soll:

- allen Mitgliedern – nicht nur Delegierten – eine aktive Beteiligung ermöglichen,
- in die bereits laufende Überarbeitung des Grundsatzprogramms münden, das die inhaltliche Positionierung verbindlich verankert,
- und sicherstellen, dass Entscheidungen über die strategische Ausrichtung der Partei auf satzungskonformem Wege getroffen werden, insbesondere durch Mitgliederbefragung, Mitgliederentscheid oder Beschluss eines zuständigen Parteitages.

Partizipative Formate wie Foren, Regionalkonferenzen oder digitale Beteiligungsverfahren sind dabei ausdrücklich erwünscht – sie dienen der Meinungsbildung, ersetzen aber keine satzungsrechtlich legitimierte Entscheidungsverfahren.

#### **4. Subsidiarität: Rheinland-Pfalz handelt, wenn nötig**

Sollte die Bundesebene keinen ausreichenden Rahmen für diese Debatte schaffen oder diesen Prozess nicht in angemessener Weise öffnen, wird der Landesvorstand der FDP Rheinland-Pfalz beauftragt, eigene Beteiligungsformate zu entwickeln und durchzuführen. In jedem Fall beteiligt sich der Landesverband aktiv an bundesweiten Prozessen und bringt seine Positionen konstruktiv ein.

#### **5. Inhalt vor Personal – auch unter Zeitdruck**

Die FDP Rheinland-Pfalz erkennt an, dass die unmittelbar bevorstehenden Parteitage – insbesondere der Bundesparteitag am 30. Mai 2026 – notwendige Personalentscheidungen mit sich bringen werden, die auf den Abschluss eines inhaltlichen Klärungsprozesses nicht warten können. Diese Spannung ist realistisch zu akzeptieren. Personen, die eine Kandidatur anstreben, müssen dies auch ausdrücklich anerkennen.

Gleichwohl fordert die FDP Rheinland-Pfalz, dass die verbleibende Zeit bis dahin und der Zeitraum danach konsequent genutzt werden, um die inhaltliche Grundsatzdebatte parallel zu führen. Personalentscheidungen ohne inhaltliche Grundlage verschieben Konflikte lediglich. Der Prozess muss deshalb unmittelbar beginnen, nicht nach den Parteitag.

#### **Begründung:**

Die Freien Demokraten befinden sich nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag und dem Landtag Rheinland-Pfalz an einem historischen Wendepunkt. Das Ergebnis von 2,1 % bei der Landtagswahl ist ein unmissverständliches Signal: Die Partei hat an Orientierungskraft verloren.

Die laufende Debatte konzentriert sich bislang stark auf Personalfragen. Diese sind nicht unwichtig, Personen repräsentieren Haltungen und Lesarten des Liberalismus. Aber Personalentscheidungen ohne inhaltliche Grundlage lösen keine Probleme, sie verlagern sie.

Was fehlt, ist eine klare Antwort auf die Frage, welchen Liberalismus die FDP im 21. Jahrhundert verkörpern will. Diese Frage hat unmittelbare praktische Konsequenzen: für die Koalitionsfähigkeit der Partei, für ihre Glaubwürdigkeit in

gesellschaftlichen Zukunftsfragen wie Klimaschutz, Bildungsgerechtigkeit und der Verteidigung des Rechtsstaates, und für den inneren Zusammenhalt der Partei selbst.

Diese Debatte ist keine Aufgabe, die Rheinland-Pfalz allein lösen kann oder soll. Sie muss auf Bundesebene geführt werden, mit allen Mitgliedern, nicht hinter verschlossenen Türen zwischen Funktionsträgern. Das Grundsatzprogramm der FDP bietet den geeigneten formalen Rahmen, um das Ergebnis dieser Debatte dauerhaft zu verankern.

Dabei ist Klarheit über die Begriffe entscheidend: Konzepte wie ‚Freiheit‘ und ‚Eigenverantwortung‘ können je nach politischer Tradition fundamental unterschiedliche Bedeutungen tragen. Eine Partei, die diese Begriffe unreflektiert übernimmt, riskiert, ihre eigene Identität zu verlieren.

Rheinland-Pfalz erwartet, dass die Bundesebene diesen Prozess führt – und ist bereit, ihn aktiv mitzugestalten.